

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik.

7. Jahrgang.

Mittwoch, 4. Mai 1927.

Nr. 102.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post:

monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganjährlig . . . 192.—

Rückstellung von Manuscripten erfolgt nur bei Einbindung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich (10 Bl.)

Die Weltwirtschaftskonferenz.

Am 4. Mai tritt in Genf die internationale Wirtschaftskonferenz zusammen. 36 Staaten haben ihre Teilnahme angemeldet, darunter auch die Vereinigten Staaten, die dem Völkerbund nicht angehören. Ebenfalls wird wahrscheinlich Sowjetrußland mindestens offiziell vertreten sein, so daß ein ziemlich vollständiges Weltwirtschaftsparlament zusammenkommt.

Die Arbeiterschaft hat an dieser Konferenz ein erhebliches Interesse, das ja schon darin zum Ausdruck kam, daß es gerade der IGB war, der mit größtem Nachdruck ihre Einberufung betrieb. Leider auch der Kapitalismus unter den gegenwärtigen unregelmäßigen Verhältnissen in der Weltwirtschaft, indem eine Senkung des Profites eintritt, die Akkumulation bedroht wird — ungleich schwerer lastet die Dauerkrisis auf dem Proletariat, das in seiner Existenzgrundlage gefährdet ist. Von diesem Standpunkt aus muß es außerordentlich bedauert werden, daß kaum ein Staat den Grundgedanken der paritätischen Vertretung der Arbeiter- und Unternehmergruppen einhalten hat. In der Tschechoslowakei sind z. B. unter acht Delegierten und 13 Experten nur zwei Vertreter der freien Gewerkschaften, nämlich die Genossen Lauerke und Pohl.

Unterjucht man das Programm der Konferenz, so sieht man, daß es sehr weitläufig ist. Der erste Teil soll eine Art Generaldebatte über die Weltwirtschaftslage bringen, wobei man sich über die Ursachen der im Handel und Industrie auftretenden Störungen klar werden will. Hat sich die Konferenz ihre Basis so gewissermaßen erarbeitet, soll sie konkret über die Beseitigung oder Milderung dieser Störungsmomente beraten. Auch hier ist aber schon eine Reihe konkreter Punkte aufgestellt, über welche eben beraten werden soll und ihre Ueberfülle zeigt, daß an positiven Ergebnissen von dieser Konferenz nicht viel zu erwarten ist.

Interessanter nämlich als die Aufzählung all der vielen einzelnen Beratungsgegenstände ist die einfache Feststellung dessen, was sich unter ihnen nicht befindet. Man hat das Finanz- und Währungsproblem ebenso wie das Wanderungsproblem von der offiziellen Tagesordnung ausgeschloffen. Loucheur, der gewissermaßen als Protektor der Konferenz auftritt, hat kürzlich in Berlin einen Vortrag gehalten, in dem er dieses Fehlen so wichtiger Punkte beklagt hat. Er meinte es mit dem Hinweis auf die finanzielle Lage der einzelnen Staaten aercaet und die Währungsstabilität sei. Herr Loucheur konnte nicht voraussehen, daß ihm das Schicksal im japanischen Finanzkrach, dem größten der letzten Jahrzehnte, so bald den Generalbeweis liefern würde. Das phantastische Ansteigen des Londoner Spitzes spricht ebenfalls von seiner Währungsstabilität. England, Frankreich und Deutschland haben für den Augenblick ihre Finanzen unter schwersten Opfern aercaet. Aber schon dieses Jahr hat Churchill ein Budget vertreten, das mehr als frustriert war und wahrscheinlich nächstes Jahr aus dem Gleichgewicht kommen wird. Deutschland leistet gegenwärtig keine Reparationszahlungen, die hauptsächlich der Ausbalanzierung des französischen und belgischen Staats dienen. In zwei Jahren wird aber der „normale“ Höhestand der Reparationen erreicht werden und man ist sich in deutschen Wirtschaftskreisen und Regierungskreisen heute schon klar, daß es nicht so ganz einfach sein wird, die alljährlich wiederkehrende Milliardenbelastung zu tragen. Die kleinen Staaten mit ihrem unverhältnismäßig großen und teuren Verwaltungs- und Militärapparat können ebenfalls kaum behaupten, daß sie so festes Fundament, wie es dem Herrn Loucheur scheinen mag, sind aber die Finanzen nicht aercaet, so ist es die Währung erst recht nicht. Ist aber die Währung in ihrem internationalen Gewichtsverhältnis nicht stabilisiert, dann leiden die internationalen Kreditverhältni-

nisse, der gegenseitige Austausch der Güter usw. und eine der wichtigsten Voraussetzungen der wirtschaftlichen Stabilisierung überhaupt ist damit gefährdet.

Warum also will Loucheur nicht über Währung und Finanzen reden? Weil er weiß, daß das Zentralproblem in der Verschlundung der europäischen Staaten an Amerika liegt, das allein imstande wäre, ohne Gefährdung seiner eigenen Suprematie der europäischen Wirtschaft auf die Beine zu helfen, indem es einen starken Abstrich an seiner Schuldenrechnung vornahme. Fast 12 Milliarden Dollar, über 100 Milliarden Kz schulden die europäischen Staaten an die USA, gegen 20 Milliarden jährlicher Zinsen muß die europäische Volkswirtschaft aufbringen, um sie dem amerikanischen Kapital als arbeitsloses Einkommen zu sichern. Allein die USA muß jährlich über 400 Millionen Kz zur Verzinsung ihrer fast 7 Milliarden Kz betragenden Kriegsschulden aufbringen. Aber Amerika hegt gar keine Lust, in solcher Weise die weltwirtschaftlichen Probleme zu lösen, indem es der europäischen Wirtschaft Geldschleife macht. Um also nicht von vorneherein eine Blamage zu holen, hat man wohlweislich diese Frage nicht auf die Tagesordnung gesetzt und hofft nun vielleicht durch die Teilnahme Amerikas doch gewisse Konzessionen zu erreichen.

Nicht minder wichtig ist für die Arbeiterschaft das Wanderungsproblem. Europa ist in den meisten Staaten überbevölkert, der vordem normale Ablauf durch Abwanderung ist heute infolge der rigorosen Abperrungsmaßnahmen der USA gehemmt, nach den agrarischen Gebieten Kanadas und Südamerikas infolge des Kapitalmangels kaum möglich. Gerade die Frage der Kolonisierung brachliegender Agrargebiete müßte eine Sache der ersten Ordnung sein, um das brennende Arbeitslosenproblem Europas, das der produktiven Wirtschaft ungeheure Werte entzieht, einer gewissen Lösung näherzubringen. Die 10 bis 15 Millionen Arbeitslosen, die man heute in Europa einschließlich Rußlands zählt, belasten die Produktion mit jährlich 20 Milliarden Kz jährlich, wenn man die höheren Unterstützungsätze in den naturlich bessergestellten Ländern in Betracht zieht. Man vermöchte umschwer mit der Hälfte dieser Summe bei geeigneter Auswahl einem erheblichen Prozentsatz der dauernd Arbeitslosen eine neue Existenz zu schaffen, wobei die reuegeschaffenen Werte vom allgemeinen wirtschaftlichen Standpunkt aus eine sicherlich äquivalente Verzinsung böien.

Man wird trotz der eigentlichen Absicht um die Beipredung dieser lebenswichtigen Fragen nicht herumkommen. Ihre Behandlung wird sich schon aus den aktuellen Problemen der Schwierigkeiten der Produktion und des Handels ergeben. Diese sind nun wahrlich nicht aercaet. Beim Handel ist es in erster Linie die Schutzollenehebung, welche den gegenseitigen Handel außerordentlich hemmt. Besonders die neuangewandten Staaten, dann aber auch das infolge des Kriegsschuldenüberschuldeten Frankreich verfallen allmählich in einen Protektionismus, der auf allen europäischen Staaten einschließlich der Protektionisten Bettler machen muß. Das die Konferenz, wenn sie einen praktischen Zweck erfüllen soll, in erster Linie wenigstens moralisch einen Druck in der Richtung eines scharfen Zollabbaus ausüben muß, ist wohl zu klar.

Die Produktion verliert den Schwierigkeiten, die sich ihr aus den gegenwärtigen Verhältnissen ergeben, auf andere Weise beizukommen. Gerade die internationale Kartellierung soll einen wichtigen Programmpunkt der Konferenz bedeuten. Die französische Industrie hat hier ein Sonderinteresse zu wahren: ihr liegt im Rahmen der internationalen Kartelle an einer möglichst hohen Quote, so wie sie sich diese im Rohstoffkartell gesichert hat und nunmehr auf Konto der ihr gering bemessenen deutschen Quote Sonderprofite aus dem Ueberreifeinsparnisspöndale der deutschen Schwereindustrie bezieht. Aber der Niederschlag dieser internationalen Kartellierungen zeigt sich gerade in dieser Beschlüßung

für den Konsumenten sofort: gelingt die restlose Kartellierung, dann ist auch das Preismonopol da, der Konsument kann überall zahlen, auch wenn die Zollschranken fallen sollten. Die Konferenz wird sich nicht gegen die Kartellierung stellen können, aber sie wird, so der Verbraucher geschüht werden soll, auch über eine Kartellkontrolle zu reden haben. Das wäre ein Minimum an Schutz.

Zum Schluß: was haben wir dennach von der Konferenz zu erwarten? Sie wird keine Wunder wirken und ihre praktischen Ergebnisse werden wohl kaum bedeutend sein. Aber schon die Tatsache, daß die führenden Wirtschaftskräfte der Welt den gegenwärtigen Zustand als so unerträglich empfinden, daß sie ihn einer Beratung unterziehen, zeigt doch auf eine gewisse Entwicklungslinie. Man erkennt, daß die

Menschheit ohne gegenseitige Solidarität schwer auszukommen vermag. Die Internationalisierung der Wirtschaft, die nach dem Krüge schwere Hemmnisse ertit, sogar in ihr Gegenstück umzuwälzen, beginnt sich wieder anzubahnen. Auf dem Boden der kapitalistischen Ordnung, gewiß, auf dem Boden des staatlisch zerrissenen Europa. Aber der internationale Gedanke fährt sich doch fort und für die Träger der gegenwärtigen Bewegung, die zuhause meist politisch den wütenden Nationalismus repräsentieren, mag es geringer Trost sein, daß ihr Profit es ist, der sie zu ihrem gegenwärtigen Vorgehen veranlaßt. Der Same wird nicht untergehen. Bringt auch die Konferenz für den Augenblick keine Lösung, so bedeutet sie doch den Beginn einer neuen Ära und in diesem Sinne begrüßen wir sie.

Die Steuerreform für uns unannehmbar.

Eine offizielle Erklärung unseres parlamentarischen Klubs.

Prag, 3. Mai. Das Abgeordnetenhaus ging heute in die Generaldebatte über die Steuerreform ein. Als erster Kontraredegriff Genosse Dietl das Wort, der am Schluß seiner Rede eine prinzipielle Erklärung unseres Klubs zur Steuerreform abgab, die wir nachfolgend im Wortlaut veröffentlichen:

„Das erste Wort bei der Beratung der Steuerreform im Plenum des Abgeordnetenhauses ist der entschiedenste Protest gegen die Methoden, welche auch bei der Verhandlung dieses umfangreichen Elaborates, das eine außerordentlich komplizierte und schwierige Materie zum Gegenstand hat, von der Mehrheit des Hauses angewandt worden sind. Vier Monate lang haben sich die Verhandlungen im Budgetausschuss hingezogen, aber nicht etwa, weil eine gründliche, gewissenhafte Beratung stattgefunden hat, nicht, weil die Anregungen und Vorschläge der Opposition in ernste Erwägung gezogen wurden, sondern weil die Beratungen durch den Zshauer im Schoße der Mehrheitsparteien immer wieder unterbrochen wurden und oft auf Wochen hinaus ins Stocken gerieten. In geheimen Koalitionsberatungen, in der Diskrepanz, welche offenbar die von deutsch-aktivistischer Seite angekündigte Ueberwindung der Feilschereien ist, ist der Regierungsentwurf gründlich ungearbeitet worden, in der Geheimfährde der Koalition wurde die Reform gebrant. Die verfassungsmäßige Körperschaft, der Aufsatz durfte dann über die Anträge der Mehrheitsparteien reden, aber zu sagen hatte er nichts. Immer im letzten Momente, immer erst bei der Beratung des bestimmten Kapitels, wurden die Anträge der Regierungsmehrheit vorgelegt, so daß die Opposition gar nicht in der Lage war, sie gründlich zu studieren, und die ganze gewissenhafte Vorbereitungsarbeit, der wir uns unterzogen haben, fast völlig unentwertet wurde.“

So wurden die Beratungen eines Gesetzes von geradezu fundamentaler Bedeutung für die Lebensverhältnisse der Bevölkerung und die Entwicklungsmöglichkeiten der Volkswirtschaft zur bloßen Formalität herabgedrückt.

Aber die Krönung dieser Methoden ist die Beratung im Plenum. Zur Verhandlung eines Gesetzes von solchem Umfange und von solcher Bedeutung gibt man uns gerade eine Woche Zeit. Nachdem die Steuerreform jahrelang vorbereitet wurde, nachdem sie ein halbes Jahr im Hause gelegen ist, soll nach dem Diktat der Mehrheit, dem sich das Präsidium als willkürliches Werkzeug unterordnete, bis zum 12. Mai, bis zu einem bestimmten, knapp bemessenen Termine der Entwurf in beiden Lesungen verabschiedet sein, damit auch die bloße Kritik des Gesetzes in die der Koalition genehmen Grenzen gebannt wird, damit auch die Möglichkeit, die Bevölkerung über Inhalt und Auswirkung der Neuregelung aufzuklären, auf das von der Mehrheit gundigt gestattete Maß reduziert werden kann.

In diesem Vorgehen erblicken wir eine Vergeßlichkeit der Minorität, wie sie selbst in der an ähnlichen Vergeßlichkeiten reichen parlamentarischen Geschichte der Tschechoslowakei vereinzelt dasteht.

Aber dieser plumpe parlamentarische Trick wird seine Wirkung verlieren. Zu trah ist das Unrecht, das an den Massen der arbeitenden Bevölkerung auch durch diese Steuerreform wieder begangen wird, zu deutlich ist die Verunsicherung der Besitzenden, die in ihr enthalten ist, als daß man die Erkenntnis dieser Tatsache durch irgendwelche Mittelchen verhindern könnte.

Dieser Steuerreform ist das Urteil schon durch die Feststellung gesprochen, daß sie eine Herabsetzung der direkten Steuern jukt in einer Zeit

vornimmt, da die breiten Massen die Lasten der Verbrauchssteuer kaum mehr zu ertragen vermögen.

Die Zölle auf Getreide und Vieh, auf Fett und Fleisch, ja selbst auf Kartoffeln und Heringe wurden erhöht, die Zucksteuer, die Spiritussteuer wurde hinaufgeschraubt, die Umsatzsteuer wird mit wachsender Strenge eingetrieben, so daß sie trotz sinkenden Konsums immer höhere Erträge liefert,

aber die Steuern für die Besitzenden, für die Industriellen und Landwirte laßt man herab.

Nach dem Vorschlag für 1927 betragen die direkten Steuern 2167 Millionen, die indirekten 6194, ja wenn man die Reinertragnisse der Monopole und der Tabakregie, die den Charakter indirekter Steuern haben, dazu rechnet, sogar 7841 Millionen.

Volle vier Fünftel der Steuerlasten bedrücken den Massenverbrauch, gar nicht zu reden von den hundert Millionen, welche die Arbeiterklasse als Einkommensteuer entrichtet und die, während gleichzeitig den Großkapitalisten alle möglichen Begünstigungen und Nachlässe gewährt werden, von den arbeitslosen Löhnen mit aller Strenge und selbst für die juridisch liegenden Jahre eingetrieben worden sind.

Aber die Steuerreform setzt die Steuern für die Besitzenden herab. Der Finanzminister Engliš hat selbst zugesichert, — es geschah dies auf der Manifestationsversammlung der Industriellen — daß die wirtschaftlichen Verhältnisse vor allem einen Abba der von ihm als Geschäftssteuern bezeichneten indirekten Steuern erfordern würden, die steigende Teuerung, die wachsende Arbeitslosigkeit, das schlagliche Lohnniveau machen die Abbüdung aller Lasten, welche die Lebensbedürfnisse verteuern, zur dringenden Notwendigkeit, aber die Steuerreform setzt die Steuern für die Kapitalisten und Agrarier herab.

Die Industriellen vor allem haben nach dieser Reform geschrien und ihre Beschleunigung immer und immer wieder verlangt.

Das allein beweist uns schon, was das Wesen dieser Reform ist. Wenn sich die Industriellen heute unzufrieden stellen, wenn ihnen die Ermäßigung der Steuerlaste, die einschneidende Verzögerung der Bemessungsgrundlagen, die Trödelung der autonomen Umlagen noch zu wenig ist, so können solche Beschwerden nicht anders als tünchen, der aus der Leertüre der Dividendenabhängigen und Bilanzier ersehen kann, daß die kapitalistischen Unternehmungen im Kräftejahr 1926, das so viel Not und Leid über die Arbeiterklasse gebracht hat, fast durchwegs dieselben, ja zum Teil sogar höhere Gewinne erzielt haben, als im Konjunkturjahre 1925 und dies unter der Geltung der jetzigen angeblich so unerträglich hohen Steuerlaste. Diese Tatsache beweist unzweifelhaft, daß die Steuerreform nicht den Zweck hat, der „leidenden“ Industrie bessere Konkurrenzbedingungen zu schaffen, sondern daß sie ausschließlich von der Tendenz erfüllt ist, die kapitalistischen Profite noch zu vergrößern.

Aber geradezu aufreizend muß es wirken, daß selbst die Agrarier die Gelegenheiten benutzen, auch ihre wahrhaft ganz und gar unzureichende Steuerlastung noch herabzubrüden.

Zeit der Einführung des geltenden Systems der direkten Steuern hat sich die allgemeine Erwerbsteuer in den historischen Ländern auf das Fünftel herabgesetzt, die besondere Erwerbsteuer auf das Einundzwanzigste, die Personaleinkommensteuer auf das Hundertzwanzigste, die Grundsteuer aber nur auf das Vierfache vermehrt. Und trotzdem wird auch die Steuer noch herabgesetzt, das Steuerprivilegium der Agrarier noch ausgebaut. Betrachten wir demgegen-

über die Behandlung der wirtschaftlich Schwachen. Heller für Heller, Krone für Krone wird die Einkommensteuer vom Lohn der Arbeiter allwöchentlich eingetrieben, ohne Rücksicht darauf, ob das Gesamteinkommen im Jahresdurchschnitt den Abzug rechtfertigen würde, ohne Rücksicht darauf, ob Krankheit oder andere drückende Lasten, die sonst Steuerermäßigungen zur Folge haben, den Arbeiter treffen oder nicht.

Beim Proletariat erinnert sich der Staat der Erfüllung der Steuerpflicht bis zum letzten Rest, beim Kapitalisten verläßt man sich unter nicht ganz ernst gemeinten Strafandrohungen auf die Steuerkraft.

Ja die Mehrheitsparteien haben die Stirn aufgebracht, den Arbeitern für das zweite Halbjahr 1927 den doppelten Steuerabzug aufzuerlegen. Während die Kapitalisten im Übergangsjahre die Möglichkeit geben, ihre Bilanzen mit steuerfreien Reserven vollzustopfen und so den Eintritt in das neue Steuerjahr mit einem Extraprofit zu feiern, sollen die Arbeiter in sechs Monaten die Steuern eines Jahres bezahlen und die verspätete Erledigung der Koalitionsspeditionen mit Hunger und Elend büßen. Nicht minder empört uns die Lösung des Problems des steuerfreien Minimums.

Dieselbe Steuerreform, die Spekulationsgewinne schonend genug behandelt, setzt das Existenzminimum mit 7000 Kronen fest, was nicht nur hinter der Steigerung der Lebenshaltungskosten, sondern selbst hinter der Geldentwertung weit zurückbleibt.

Wenn diese Vorlage Gesetz wird, wird der Millionen Hunderttausende an Einkommensteuer ersparen, aber der arme Teufel wird nach wie vor sich den Waisen vom Mund absparen müssen, um seiner Steuerpflicht zu genügen.

Genau so wie mit der Einkommensteuer verhält es sich mit allen Ertragssteuern. Sowohl dem kleinen Gewerbetreibenden wie dem kleinen Landwirt wird ein steuerfreies Existenzminimum verweigert. Die Steuerreform schon; die Kapitalseinkommen, fördert die Verschwendung, läßt steuerfreie Abschreibungen im weitesten Umfange zu, aber die harte Arbeit des kleinen Landwirts, die unsichere Existenz des Kleingewerbetreibenden wird neben der Einkommensteuer noch mit Ertragssteuern belastet.

Wie die Arbeiter, so werden auch ihre Organisationen behandelt.

Während die agrarischen Genossenschaften fast durchwegs steuerfrei bleiben, sollen die Steuerjahre für die Konsumgenossenschaften gegenüber der Regierungsvorlage verdoppelt werden. Der Befehl und der Denunziation aber wird durch neue Strafbestimmungen für und Tor geöffnet. Der stolze Bau unserer genossenschaftlicher Organisation wird auch durch diesen Angriff nicht erschüttert werden, aber in offen zur Schau getragenen Gehässigkeit gegen die Institutionen der Arbeiterschaft tritt der arbeitserfindliche Geist der Vorlage geradezu handgreiflich zutage.

Vielleicht das größte Verbrechen aber begeht die Reform an der Selbstverwaltung.

Sie verstopft die wichtigste Einkommensquelle der Gemeinden, sie unterwirft ihr Budgetrecht nicht nur der formalen, sondern auch der materiellen Kontrolle der Aufsichtsbehörden, die insbesondere nach Durchführung der famosen Verwaltungsreform vom bürokratischen und fiskalistischen Geist durchdrungen sein werden. Sie bedroht die Bürgermeister mit Strafen und selbst mit der Abschiebung, falls sie mehr Sorge für die sozialen und kulturellen Bedürfnisse ihrer Gemeinde als Respekt vor den Steuerprivilegien der Besitzenden zeigen sollten, sie macht die Finanzwirt-

Das Bekenntnis eines Kommunisten.

Ein vernichtendes Urteil über die Gewerkschaftstaktik der Kommunisten. — Der Einheitsfrontschwindel. — Zur Gewerkschaftseinheit wird es trotz den Kommunisten kommen.

Wir haben bereits darüber berichtet, daß der ehemalige kommunistische Abgeordnete Svoblik über die kommunistische Politik und Taktik ein vernichtendes Urteil gefällt hat. Wir wollen nun seine Erklärung, die ein Bekenntnis ist, wörtlich bringen. Svoblik schreibt im Organ des Verbandes der tschechischen chemischen Arbeiter:

„Ich wurde Kommunist aus Idealismus. Aber ich wurde getäuscht. Ich habe mich von der Verderblichkeit der Leitung der Gewerkschaftsbewegung durch gewerkschaftlich nicht organisierte und nicht erfahrene Leute aus der kommunistischen Parteileitung überzeugt. Daraus sind Streitigkeiten zwischen den Gewerkschaften und der Leitung der kommunistischen Partei entstanden, die seinerzeit bei einer Beratung ein Vertreter Moskaus selbst ausgleichen wollte. Es hat sich gezeigt, daß die kommunistische Partei andere Ziele habe, als die Stellung der Arbeiterschaft zu verbessern. Alle Verbesserungen der Verhältnisse sind nach Meinung der Führer der kommunistischen Partei — Reformismus. Der Abschluß von Kollektivarbeitsverträgen ist nicht das Ziel der von der kommunistischen Leitung hervorgerufenen Streiks. In der Slowakei gibt es viele Opfer leichtfertig hervorgebrachter Streiks. Die Zentrale des Internationalen Allgewerkschaftsverbandes unterlag dem Kommando des Politbüros und die Bezirkssekretäre der Gewerkschaften des J. A. V. der Bezirksleitung der kommunistischen Partei. Wie oft ist es geschehen, daß der Gewerkschaftssekretär schon einen betrieblichen Kollektivvertrag vereinbart hatte (Tuchfabrik in Trenöfen), aber die Leitung der kommunistischen Partei hat ihn mit dem Befehl vereitelt, den Streik fortzusetzen. Allerdings, Ergebnis dieser unsinnigen Weisung: die Arbeiter ohne Brot, verwundet und andere Opfer und Verluste. Wer diesen Unsinn in der kommunistischen Partei kritisiert, wird seiner Funktion enteignet und ausgeschlossen. Nach der Resolution, die vom kommunistischen Parteitag zur Gewerkschaft der Gemeinden von Zuschüssen aus Fonds abhängig, in deren Verwaltung gleichfalls die Bürokraten und die reaktionären Parteien das entscheidende Wort sprechen werden.“

Das Gesetz über die Finanzwirtschaft der Selbstverwaltungskörper wird so zum Totengräber der Selbstverwaltung und es wird in dem Buch der Schande, das die Geschichte der deutschen Regierungsparteien schreiben wird, auf einem besonderen Blatt mit unaussprechlichen Lettern stehen, daß sie den deutschen Gemeinden, daß sie dem letzten Rest deutscher Selbstverwaltung in diesem Staat kapitalistischen Profitinteressen zuliebe einen geradezu tödlichen Stoß versetzt haben.

Ganz im Geiste der materiellen Bestimmungen sind auch die Vorschriften über das neue und vereinfachte Steuerverfahren gehalten. Sie setzen ernannte Kommissionen anstelle gewählter, sie verdrängen die Arbeiterschaft vollständig aus ihnen, sie schließen der Gleichberechtigung der Geschlechter zum Schen die Frauen von ihnen aus, kurz sie machen auch die Steuerverwaltung zum Privileg der herrschenden Klassen.

Trafikale Straf- und Eintreibungsbestimmungen, die für die kleinen Steuerträger unerträgliche Härten mit sich bringen, werden für die Besitzenden durch Stundung, Abschreibung und Strafabbau ungünstig und unwirksam gemacht. Wenn das neue Steuerstrafverfahren gut wäre, wozu bedürfte es

schaftsfrage angenommen wurde, sind Kollektivvertrag und soziale Gesetzgebung keine Mittel des Gewerkschaftskampfes. Die Arbeiterschaft braucht aber nicht den Kampf um jeden Preis, sondern Verbesserung ihrer Existenz. Diese Verbesserung dringt durch und es besiegelt sich die Anschauung, daß die alten Gewerkschaftsorganisationen gewissenhaft ihre Sendung erfüllen. Der kommunistischen Partei handelt es sich nicht ernstlich um die Einheitsfront der Arbeiterschaft und um die Einheit der Gewerkschaften. Die Parole der Einheitsfront wird nur deswegen veräußert, damit nach dem Theßen der kommunistischen Partei in gemeinsamen Versammlungen die Arbeiterschaft gegeneinander ausgeht werden könne. Wenn diese Theßen nicht wären, wonach jeder einzelne Gewerkschaftskampf Reformismus, Patriotismus und Verrat ist, gäbe es wieder die gewerkschaftliche Einheit. Aber zur Einheit der Gewerkschaften wird es kommen. Die Arbeiterschaft begreift und unterscheidet zwischen ehrlicher Arbeit und Demagogie. Sie kommt zur Überzeugung, daß sie nach dem Umsturz von dem rechten Weg abgelenkt wurde und daß nichts anderes übrig bleibt, als auf den alten Weg zurückzukehren. Den Fehler einsehen und daraus die Folgen ziehen, ist ehrenvoller, als im Irrium zu verharren. Deshalb rufe ich: Arbeiter, Angehörige der kommunistischen Partei, ihr seid auf unrechtem Wege! Kehret zurück auf den alten und sicheren Weg!“

Diese Kundgebung ist um so bemerkenswerter, als es sich bei Svoblik um einen alten Gewerkschaftler handelt, der schon in der Zeit vor dem Kriege als gewerkschaftlicher Vertrauensmann der Arbeiterschaft tätig war und schon viele gewerkschaftliche Kämpfe geführt hat. Sein Bekenntnis ist ein Beweis, daß die Wahrheit auf dem Marsche ist und daß die Arbeiterschaft die Demagogie, welche die Kommunisten mit den Lebensinteressen der Arbeiterschaft treiben, immer mehr durchschaut.

Dann neben den schon bestehenden Gesetzen gegen die Presse noch eines besonderen Schutzgesetzes für die Steuerbehörden und die Steuerkorruptionisten, das der ohnehin überlasteten Klassenjustiz neue Opfer zutreiben wird?

So ist die Steuerreform in ihrer Gesamtheit und fast in allen Einzelheiten ein würdiges Produkt der bürgerlichen Klassenpolitik. Haß gegen die Arbeiter, Haß gegen die Selbstverwaltung, Rücksichtslosigkeit gegen die wirtschaftlich Schwachen, aber Notmähigkeit gegenüber den Besitzenden aus allen Paragraphen. Wir lehnen dieses Werk zur Gänze ab und wenn wir uns bemüht haben und auch im Plenum bemühen werden, es durch Abänderungsanträge zu verbessern, so bedeutet dies keineswegs eine Zustimmung zu seinen Grundzügen. Wir sagen vielmehr dem Entwurf und dem ganzen System, dessen Ausdruck er ist, unseren schärfsten Kampf an, den wir auch nach Geschwörung der Vorlage fortführen werden. Wir werden gegenüber dem Volke des Hauses das Urteil der Bevölkerung über die Steuerpolitik der Mehrheit anrufen und wir sind seit überzeugung, daß gerade diese Steuerreform zur Aufklärung der Massen über den wahren Inhalt bürgerlicher Politik wesentlich beitragen und die bevorstehende Abrechnung der drei Massen mit ihnen offenen und vertrockneten Feinden beschleunigen wird!

Inland.

Der Schwindel mit der „Deutschen Volksgemeinschaft.“

Nachdem die verschiedenen Wahlgemeinschaften, Hausbesitzer — Beamten — Arbeiter und sonstige Gruppen zur Bekämpfung der deutschen Sozialdemokratie nicht mehr genügen, haben sich die bürgerlichen Parteien einen alten Schwindel neu zurecht frisiert: Die „Deutsche Wahlgemeinschaft.“ Sie ist eine naive Verwandte der „Deutschen Volksorganisation“, die vom deutschnationalen Abg. Horpynka, als „einziges Mittel, um die Süddeutschen aus der trostlosen Lage herauszubringen“, in einer Versammlung in Schlusienau empfohlen und vom deutschnationalen Abg. J. Raibl in einer Versammlung in Ober-Einsiedel als schädlich erkannt wurde. Anlässlich der Gemeindevahlen in Rößbach meldete sich die „Deutsche Wahlgemeinschaft“, wie unser Karlsbader Bruderblatt berichtet, mit folgenden Wahauftrag:

„Deutsche Volksgemeinschaft, Humanitärer Verband für allgemeine Wohlfahrt in der Deutschen Heimat und damit, vor allem, für Wohnungsnotabbilfe. Die wirtschaftliche Not, verstärkt durch persönliche Vorteilspekulationen im öffentlichen Leben wie durch dauernden, überflüssigen Parteigeganzle, hat es notwendig erscheinen lassen, eine neue Gemeinde-Wahlgruppe unter obigem Namen und Ziel auch hincortis ins Leben zu rufen, um allen strebenden, jedoch minderbemittelten hiesigen Einwohnern und Volksgenossen Freund und Berater zu sein. Die politisch freie Stellung dieser Wahlgruppe in Verbindung mit ihren selbstlosen, sozialen Bestrebungen könnten es eigentlich allen lebendigen erfahrenen Kleinbürgern zur Pflicht und allen freudbetenden Wählern zur Aufgabe machen, sich dieser Gruppe anzuschließen, um ihr die beabsichtigte spätere Gründung einer Vereinigung „Für Wohnungsfürsorge und humanitäre Hilfe auf Gegenseitigkeit und in allen Lebensnotlagen“ zu ermöglichen zum Wohle der Heimatgemeinde, vor allem aber zur Beseitigung der Wohnungsnot und zur wirtschaftlichen Aufhilfe der breiten Bevölkerungsschichten ohne Unterschied der politischen Anschauung oder Parteirichtung.“

Ja, das ist's, was dem deutschen Volke noch fehlt! Eine Gesellschaft für humanitäre Hilfe „auf Gegenseitigkeit und in allen Lebensnotlagen.“ Eine große Idee! Kein Wunder, wenn dann die Rößbacher Gruppenführer der „Volksgemeinschaft“ die Kandidaten begrüßt, die allen Schichten entnommen sind. Nummer 1: ein Weber, Nummer 2: ein Gastwirt, Nummer 3: ein Industrieller Nummer 4 bis 7: Gewerbetreibende, Nummer 8: ein Maurer und Nummer 9: ein Landwirt. Wie klug ausgedacht, diese Volks-Hilfsgemeinschaft, „auf Gegenseitigkeit!“ Der Fabrikant gibt z. B. zum Wohnungsbau das Geld, der Maurer und die Gewerbetreibenden bauen, der Wirt liefert Getränke und Essen und der Bauer das etwa noch fehlende. Juchet, die soziale Frage ist gelöst! Die Wähler von Rößbach sind aber auf den Schwindel nicht hereingefallen, so daß die „Deutsche Wahlgemeinschaft“ leider nicht in die Lage kommt, sich praktisch zu betätigen. Nun: „Hilfe nicht so schädlich nicht!“ Vielleicht haben die Gemeinshaftler im Kampf gegen die Sozialdemokratie bei dümmen Glück.

Späte Erkenntnis.

Zeit Jahren schreiben wir darüber, daß die Politik des Hochschulzölles gerade für einen Exportstaat wie die Tschechoslowakei schädlich ist. Vor einigen Tagen ist nun zu dieser Erkenntnis auch die „Prager Presse“ gekommen, die in ihrem Leit-

Die grinsende Frage.

Roman von Victor Hugo.

40 Aus dem Französischen übersetzt von Eva Schumann.

Wer aber nun gar einen anderen im Schlosse des Königs schlägt, dem wird die rechte Hand abgehauen. Ein Nasenstieber und eine blutende Nase — und du bist einarmig. Wer vor einem bischöflichen Gericht der Kehelei überführt wird, der wird lebendig verbrannt. Wer Jhres Majestät den Eid bricht, dem wird bei lebendigem Leib der Bauch aufgeschnitten und das herausgerissene Herz um die Ohren geschlagen. Frage dir diese Begriffe von Recht und Gerechtigkeit ein, mein Sohn. Sich nie ein Wort herausnehmen und bei der kleinsten Beunruhigung sich davonmachen, das ist meine Tapferkeit, und ich rate sie auch dir an. Was Wagenut anbetrifft, so mach' es wie die Vögel; was Geschwindigkeit angeht, mach' es wie die Fische. Im übrigen hat England das Gute, daß seine Gesetzgebung sehr milde ist.

Nach dieser Ermahnung war Ursus noch ein paar Tage voll Unruhe, Wohnplaine jedoch nicht. Die Unerfrodenheit der Jugend beruht auf Mangel an Erfahrung. Zimmerhin schien es, als habe sich Wohnplaine ruhig verhalten, denn die Wochen flossen friedlich dahin, und es hatte nicht den Anschein, als ob die Anklaffungen über die Königin irgendwelche Folgen gehabt hätten.

Ursus war, wie gesagt, keineswegs gleichgültig; wie ein sicherndes Reh witterte er stets nach allen Seiten.

Eines Tages, kurz nach der feierlichen Ermahnung von Wohnplaine, blickte er durch das Guckloch in der Mauer, das auf den Platz hinausging, und wurde totschlag.

„Wohnplaine?“

„Was denn?“
„Sie mal.“
„Wo denn?“
„Auf dem Platz da.“
„Ja, und?“
„Siehst du den Mann dort?“
„Den im schwarzen Gewand?“
„Ja.“
„Der eine Art Hammer in der Hand hat?“
„Jawohl.“
„Nun, und?“
„Nun, Wohnplaine, dieser Mann ist der Wapentake.“
„Was ist denn das, ein Wapentake?“
„Das ist der Vorsitzende der Hundert.“
„Was ist das: der Vorsitzende der Hundert?“
„Das ist ein fürstlicher Beamter.“
„Was hält er denn in der Hand?“
„Das ist das Iron-weapon.“
„Was ist das Iron-weapon?“
„Etwas aus Eisen.“
„Was macht er denn damit?“
„Zunächst schwört er darauf. Und deshalb heißt er der Wapentake.“
„Und dann?“
„Dann berührt er einen damit.“
„Womit?“
„Mit dem Iron-weapon.“
„Der Wapentake berührt einen mit dem Iron-weapon?“
„Jawohl.“
„Was bedeutet das?“
„Das bedeutet: „Folge mir.“
„Und da muß man ihm folgen?“
„Jawohl.“
„Wohin denn?“
„Wie soll ich denn das wissen?“
„Aber er sagt einem doch, wohin er einen führt?“
„Rein.“
„Aber man kann ihn danach fragen?“

„Rein.“
„Wieso?“
„Er redet kein Wort, und man redet auch kein Wort.“
„Aber ...“
„Er berührt einen mit dem Iron-weapon, und alles ist gesagt. Man muß mitgehen.“
„Aber wohin denn?“
„Hinter ihm her.“
„Aber wohin nur?“
„Wohin er will, Wohnplaine.“
„Und wenn man Widerstand leistet?“
„Wird man gehängt.“
Ursus hob den Kopf an das Guckloch, atmete befreit auf und sagte:
„Gott sei Dank, daß er vorbei ist, er ist nicht zu uns gekommen.“
Ursus ängstigte sich wahrscheinlich mehr als nötig wegen möglicher Klatschereien über die unbedachten Worte Wohnplaines.

Es ereignete sich etwas Neues.

Zimmer heller loderten im Tadcaster-Hof Lachen und Freude empor. Der Wirt und sein Junge hatten kaum Hände genug, um all das Bier auszuschenken. Am Abend waren alle Fenster des niedrigen Saales hell erleuchtet, und kein Tisch blieb frei. Es wurde geschungen und gebrüllt; der große, alte, vergitterte Ofen glühte, vollgeschöpft mit Steinkohlen. Es war wie ein Haus aus Feuer und Lärm.

Im Hof, das heißt im Theater, waren noch mehr Menschen.

Das Vorstadtpublikum, das Souffleur liefern konnte, strömte zu den Vorstellungen des „Bestiegten Chaos“ so zahlreich zusammen, daß kein Plätzchen mehr zu finden war, sobald der Vorhang aufging (das heißt sobald die Seitenwand der Green-Box sich niedersenkte). Die Fenster quollen über vor Zuschauern, der Balkon war

überfüllt. Kein Pflasterstein war im ganzen Hof mehr zu erblicken — nur noch Gesichter.

Nur die „Loge“ für den Adel blieb leer. Aber eines Abends war auch da jemand.

Es war ein Sonnabend — der Tag, an dem die Engländer es besonders eilig haben mit dem Amüstieren, weil sie sich den ganzen Sonntag langweilen müssen. Der Saal war überfüll.

Wir sagen „Saal“. Auch Shakespeare hat lange Zeit nur den Hof eines Gasthauses als Theater gehabt, und er nannte ihn „Saal“, Hall.

Als der Vorhang sich teilte und Ursus, Homo und Wohnplaine auf der Bühne standen, warf Ursus, wie gewöhnlich, einen Blick auf das anwesende Publikum; es durchfuhr ihn.

Die Loge „für den Adel“ war besetzt.

Eine Frau saß allein, mitten in der Loge auf dem Lehnstuhl aus Utrecht Samt.

Sie war allein, und doch füllte sie die Loge. Von gewissen Wesen geht ein Leuchten aus. Diese Frau verbreitete Glanz, wie Dea — aber anders. Dea war bleich — die Frau war rösig. Dea war wie der erste Schimmer des Tages — diese Frau war das Morgenrot. Dea war schon — diese Frau war herrlich. Dea war die Unschuld, die Reinheit, die Weiße — diese Frau war der Purpur. Ihr Glanz strahlte über die Loge hinaus, in deren Mitte sie reglos thronte in der überströmenden Fülle eines Götterbildes.

In dieser schmuggigen Menge strahlte sie wie ein Sternchen, sie überschwenkte das Volk mit so viel Licht, daß sie es in Schatten ertränkte, und all diese dunklen Gesichter erloschen vor ihr. Ihr Glanz überstrahlte alles.

Aller Augen waren auf sie gerichtet.

Tom-Jim-Jack war unter der Menge. Auch er verschwand wie die andern im Strahlenglanz dieses blendenden Geschöpfes.

(Fortsetzung folgt.)

